

Noch immer nicht vollendet: der EU-Wasserstoff: Wer liefert den Hoffnungsträger?

Die Bundesregierung will noch in diesem Halbjahr die Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) verabschieden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiekrise und mit Blick auf die angestrebte Klimaneutralität bis 2045 sind Wasserstoff (H₂) und seine Derivate für die Unternehmen ein wichtiger Lichtblick – sie müssen allerdings in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen. Die Zeit hierfür wird allmählich knapp.

Ehrgeizige Ziele

Grüner Wasserstoff kann mittels Elektrolyse aus regenerativ erzeugtem Strom gewonnen werden. Laut Planungen der Bundesregierung sollen bis 2030 hierzulande 10 Gigawatt (GW) an Elektrolysekapazität entstehen – eine Verdopplung des Ambitionsniveaus gegenüber der letzten Strategie aus 2020. Um den dafür erforderlichen Strom zu erzeugen, müssten beispielsweise über 2.800 zusätzliche Windkraftanlagen gebaut werden, um damit 28 Terawattstunden (TWh) grünen Wasserstoff zu erzeugen.

Die Fortschreibung der NWS setzt realistischerweise daneben auf Importe, um den großen Bedarf an grünem Wasserstoff zu decken: Den Prognosen zufolge werden bis 2030 in Deutschland 95 bis 130 TWh benötigt. Daher ist es sinnvoll, Partnerschaften mit den Ländern einzugehen, in denen die Wasserstoffproduktion günstiger und zuverlässiger ist als in Deutschland.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auf einer Diversifizierung der Energieversorgungsquellen und der Vermeidung von Abhängigkeiten von einzelnen Ländern liegen. Zugleich gilt es, die Infrastrukturkosten für den Transport und ihre Auswirkungen auf die Umwelt zu berücksichtigen. Während der Import über Pipelines aktuell auf circa 15 Cent pro Kilogramm und 1.000 Kilometer beziffert wird, belaufen sich derzeit die Kosten für die Einfuhr per Schiff auf 22 Cent pro Kilogramm und 1.000 Kilometer.

Rasch eine stabile Import- und Transportinfrastruktur aufbauen

Zusätzlich zur bereits begonnenen Einrichtung von "H₂-ready"-Terminals und -Pipelines wird es in einer Übergangsphase nötig sein, Investitions-Förderinstrumente für den Aufbau von Elektrolyseuren, Wasserstofftankern und Speichern anzubieten. Denn die Transportinfrastruktur reicht in Deutschland aktuell nicht aus, um Wasserstoff flächendeckend zu den Unternehmen zu bringen. Hierzu ist außerdem eine deutliche Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren notwendig. Manche Unternehmen warten seit über einem Jahr auf eine Antwort der EU-Kommission, ob sie als „wichtiges Vorhaben von europäischem Interesse (IPCEI)“ gelten und somit förderwürdig sind – das ist deutlich zu lange.

Zusätzlich zum physischen Bezug von Wasserstoff sollte aus Sicht der IHK-Organisation für Unternehmen, die vom Netz ausgeschlossen werden, ein bilanzieller Bezug möglich sein. Dies ermöglicht ihnen den Weg in die Klimaneutralität und beschleunigt den Wasserstoffhochlauf. Ähnlich funktioniert das derzeit beim Ökostrom: Hier kauft der Verbraucher bilanziell grünen Strom – aus der Steckdose kommt aber zunächst der regionale Mix. Durch den Zertifikatehandel lässt sich feststellen, an welchen Orten der höchste Wasserstoffbedarf besteht. Das hilft, die Infrastruktur sukzessive kundengetrieben auszubauen.

Eine stetige Nachfrageentwicklung ist die beste Voraussetzung für Investitionen in Anlagen zur Produktion und zum Transport von Wasserstoff. Wenn es auf europäischer Ebene keine Mehrheit für ein entsprechendes Herkunftsnachweissystem wie beim Grünstrom gibt, müsste der Aufbau eines flächendeckenden Wasserstoffnetzes hingegen noch schneller erfolgen.

Fragen zum Thema des Monats?

Christian Beck, IHK-Pressestelle, Telefon: 07721 922-174, E-Mail: beck@vs.ihk.de.